

Isolde Charim

Das Zeitalter der Singularitäten

Vortrag zum Gründungsakt des Gesellschaftsklimabündnis
am 19. April 2013 im Parlament, Wien.

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Das ist ein relativ neues Faktum. Und es ist ein unhintergebares Faktum: Wir können nicht mehr zurück. Es gibt keinen Rückweg in eine nicht-pluralistische, in eine homogene Gesellschaft. Das ist eine einfache Feststellung. Nicht ganz so einfach ist die Klärung der Frage, was das genau bedeutet. Was ist eine pluralistische Gesellschaft? Und welche Auswirkungen hat das? Anders gefragt: Was heißt es, in einer pluralistischen Gesellschaft zu leben?

Normalerweise, im gängigen Verständnis lautet die Antwort: Es gibt ein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. Das aber würde bedeuten, die Pluralisierung bestehe in einer Akkumulation von kulturellen, religiösen, ethnischen Unterschieden. Eine Addition, wo etwas Neues zu einem Bestehenden hinzukommt. Zu den Österreichern kommen dann Jugoslawen, Türken oder neuerdings Moslems hinzu. Deshalb spricht man dann von Migration, von Integration oder – worst case – von Parallelgesellschaften und verstellt damit den Blick auf die grundlegende Veränderung, die das für uns alle bedeutet – und zwar unabhängig davon, ob wir voller Ressentiments auf diese Veränderungen schauen oder ob wir sie freudig ob der neuen Buntheit begrüßen.

Denn Pluralismus ist nicht einfach ein *äußerliches* Verhältnis. Es ist eben kein Nebeneinander, das die Teile unberührt ließe. Pluralisierung, Diversifizierung meint vielmehr jenen Vorgang, in dem die Vielzahl alle Beteiligten – Einheimische und Migranten – affiziert, in dem die Verschiedenheit die gesamte Gesellschaft verändert.

Eine plurale Gesellschaft bedeutet, dass wir – nach dem Wort von Charles Taylor - überhaupt „kein Weltbild mehr haben, das von allen geteilt wird“, das wir also kein Weltbild mehr haben, das uns alle vereint. Eine solche Gesellschaft ist radikal neu.

Man macht es sich zu leicht, wenn man da ganz schnell den Begriff des „Individualismus“ bei der Hand hat. Denn auch die Zeit vor den pluralen Gesellschaften war eine Zeit des Individualismus – dieser beginnt mit Ende des 18. Jahrhunderts. Es gilt vielmehr, einen alten von einem neuen Individualismus zu unterscheiden.

Der alte Individualismus hat den Einzelnen aus den Festschreibungen der Ständegesellschaft befreit. Es hört sich widersprüchlich an: aber Individualismus bedeutete, dass die Individuen alle gleich sind. Ein Individuum war man als Staatsbürger, als Wähler, als juristisches Subjekt – also dort, wo man von allen Unterschieden, von allen Besonderheiten wie Stand, Klasse oder Religion absieht. Es war dies das Individuum der Großformationen wie Nation oder Parteien. Dieses Individuum betrat als Gleicher die öffentliche Arena.

Wenn man vom Gesellschaftsklima spricht, dann muss man sich klar machen, in welcher Art von Gesellschaft man lebt. Wir leben heute in einer Gesellschaft eines neuen Individualismus, des „Individualismus der Singularitäten“ (so Pierre Rosanvallon). Der Einzelne ist hier weniger von seiner sozialen Lage als vor allem von seiner ganz persönlichen Lebensgeschichte bestimmt. Singulär ist

dieser Individualismus, weil es dabei um den Einzelnen als Einzelnen, in seiner ganz spezifischen Besonderheit geht.

Mit diesem singulären Einzelnen erodieren auch die Großformationen wie Nation oder Großparteien – weil wir eben nicht mehr die passenden Subjekte für solche homogenen Lebenswelten sind. Aus starken politischen Bindungen wurden schwache Bindungen, aus regulierten Identitäten wurden freischwebende, aus fixen Identitäten wurden flexible. Viele leben heute im ökonomischen Prekariat. Wir alle leben heute aber im politisch, im kulturellen Prekariat. Das bedeutet: frei flottierende Energien ohne fixe Zugehörigkeiten, Überzeugungen ohne feste Verbindlichkeiten, politische Leidenschaften ohne Parteibindung, spirituelle Energien ohne Kirchenmitgliedschaft. Zentral ist also nicht mehr die Zugehörigkeit, sondern die eigene Identität.

Für die Demokratie bedeutet dies, dass sie nicht mehr nur Demokratie des abstrakten, allgemeinen Individuums sein kann, sondern auch und immer mehr Demokratie der singulären Identitäten werden muss. Das bedeutet, dass wir auch unsere Vorstellung von dem, was Gleichheit ist, verändern und erweitern müssen. Nach der alten Vorstellung bedeutet Gleichheit, gleicher Teil eines Ganzen zu sein: So ist man als Staatsbürger gleicher Teil eines Landes, und man ist als Wähler gleicher Teil des demokratischen Souveräns. Die neue Vorstellung von Gleichheit, die nicht einfach an die Stelle der alten tritt, sondern zu dieser hinzukommt, bedeutet: in seiner Besonderheit anerkannt werden. Gleichheit erschöpft sich demnach nicht mehr in der Herstellung eines politischen Raums, in dem wir gleich, also eben nicht verschieden sind. (Das heißt es natürlich auch) Gleichheit heißt heute auch – und das ist die neue emanzipatorische Forderung – als öffentliche Person einzigartig, verschieden sein zu können. Das politische Subjekt ist somit nicht eines, das sich erst verändern muss, um zu einem solchen, um zu einem politischen Subjekt zu werden (wie bei der alten Vorstellung des citoyens). Es ist vielmehr so, dass man sich eben nicht

verändert: man tritt als der, der man ist, in die öffentliche Arena. Genau das war und ist ja der Einsatz jeder Identitätspolitik: Man tritt als singuläres Individuum, als Besonderer und damit als Unterschiedener in die öffentliche Arena.

Demokratische Subjekte sind heute nicht nur arithmetisch Gleiche (wie etwa Wähler), sie sind auch je Unterschiedliche.

Das aber heißt, andersherum: Besonderheiten sind (vom Konzept her) nicht mehr – nicht mehr notwendig - trennend! Man tritt in den öffentlichen Raum, um sich als anders, als different zu bestimmen. Dieser öffentliche Raum ist heute nicht nur ein Raum der Gleichen, sondern auch ein Raum der Unterschiede. Wie also kann man gleichzeitig gleich und verschieden sein?

Eine Gesellschaft, die nicht mehr wesentlich über die Herstellung einer Allgemeinheit funktioniert, funktioniert ganz wesentlich über Anerkennung, über die Anerkennung von Partikularitäten. Das singuläre Individuum möchte als solches gewürdigt und anerkannt werden. Damit ist aber die Anerkennung zur zentralen demokratischen Währung geworden: Darum ringt man im Politischen. Partizipation ist heute nicht mehr das Fundament demokratischer Politik, sondern die Suche nach Anerkennung. Oder anders gesagt: Partizipation besteht heute darin, als Einzelner anerkannt zu werden, vorzukommen.

Und genau hier wird das Problem der Diskriminierung schlagend. In einer Gesellschaft der Anerkennung wird Diskriminierung zur zentralen Form von Ungleichheit. Denn Diskriminierung ist ja die Verweigerung von Anerkennung aufgrund einzelner Merkmale wie Geschlecht, Religion oder ethnischer Herkunft, einzelne Merkmale, die zu bestimmenden Merkmalen aufgeladen werden. Solche Diskriminierung ist ein doppelter Ausschluss: dem Diskriminierten wird sowohl die Anerkennung als Besonderer, als Einzelner, als Singulärer versagt – denn es wird ja gerade von seiner Besonderheit abstrahiert, um ihn einer Gruppe zuzuschlagen. Der Diskriminierte wird aber auch nicht als

gleicher Teil der Allgemeinheit betrachtet – eben weil man nicht bereit ist, von seiner Gruppenbesonderheit abzusehen. Er wird ja immer auf eben diese festgelegt. Die Diskriminierung ist also ein doppelter und ein widersprüchlicher Ausschluss – ein Ausschluss sowohl aus der alten Gleichheitsvorstellung als auch aus der neuen: der Fremde, der Andere ist weder ein abstrakt Gleicher, noch ein spezifisch Singulärer.

Deshalb muss der Kampf gegen Diskriminierung in einer „Gesellschaft der Singularitäten“ ein doppelter sein (ich folge hierin der Argumentation von Pierre Rosanvallon): Der Diskriminierte muss sowohl als allgemeines Individuum, als gleicher Teil – also unter Absehung seiner spezifischen Besonderheiten, er muss als allgemeines Individuum rehabilitiert werden (ein Beispiel dafür wären anonymisierte Lebensläufe bei Bewerbungen). Der Diskriminierte muss aber auch in seiner Besonderheit, als Einzelner rehabilitiert werden (etwa durch Umwertungen, durch Anerkennung um die identitätspolitische Bewegungen kämpfen).

All diese Auseinandersetzungen finden auf mehreren, genauer gesagt auf drei politischen Schauplätzen statt: Sie finden im Bereich der Rechtssprechung statt, im Bereich der Gesetzgebung (Parlament) und sie finden im Bereich der symbolischen Politik statt. Symbolische Politik meint gerade nicht die leeren Worte von Sonntagsreden, sondern vielmehr die Auseinandersetzung um gefüllte Begriffe. Symbolische Politik besteht in der Aufladung von Begriffen, Definitionen und Kategorien. Weil aber diese Aufladung verebben kann, weil der Sinn veränderbar ist, ist dies ein heftig umkämpftes Terrain.

Und gerade wenn man sich dem gesellschaftlichen Klima zuwendet, sollte man etwas in Betracht ziehen, was ich die „populistische Lektion“ nenne. Es ist dies eine Lektion in Anführungszeichen, denn sie führt uns zu gegenteiligen Schlussfolgerungen, eine Lektion ist es aber insofern als sie zeigt, dass Begriffe

und Diskurse „strategische Orte im öffentlichen Bewusstsein“ sind, wie Helmut Dubiel das genannt hat. Strategische Orte, deren Aufladung darin besteht, Begriffe mit Emotionen zu verbinden. Emotionen aber treten dort auf, wo es um grundlegende, fundamentale – kurz, wo es um Identitätsanliegen geht. Genauer gesagt: Man muss diese Identitätsanliegen aufspüren, die in jeder politischen Auseinandersetzung mitverhandelt werden – und sei es in einem Tarifkonflikt. Man muss das, was die Tiefenschichten erreicht, ernst nehmen: die Kränkungen und die Glückserwartungen. Und man muss diesen Anliegen eine Bühne bieten. Man muss den Kränkungen und den Glückserwartungen eine Bühne bieten. Nicht um sie mit Ressentiments zu speisen – das wäre die populistische Schlussfolgerung. Aber man muss den Hoffnungen und Erwartungen eine Arena eröffnen. Man muss ihnen *in* den Begriffen und Diskursen eine Arena eröffnen, man muss die Begriffe und Diskurse im Politischen als das verstehen, was sie sind: Emotionsräume.